

Medienmitteilung

Thema	Voranschlag 2015, AFP 2016-2019 Kanton Luzern
Für Rückfragen	Michèle Graber (079 262 18 64) michele.graber@grunliberale.ch Urs Brücker (079 403 96 00) ufbruecker@bluewin.ch
Absender	Grünliberale Partei Kanton Luzern, 6000 Luzern lu@grunliberale.ch / www.lu.grunliberale.ch
Datum	22. Oktober 2015, Sperrfrist bis nach der Medienkonferenz des RR

[glp für Anpassungen bei Ausgaben und Einnahmen](#)

Der Kanton Luzern steht vor grossen finanziellen Herausforderungen. Die Grünliberalen unterstützen die Steuerstrategie des Kantons und sehen die Einhaltung der Schuldenbremse als wichtiges Ziel. Deshalb müssen die Ausgaben durch strukturelle Anpassungen gesenkt und auch auf der Einnahmeseite justiert werden.

Der Luzerner Regierungsrat sieht in der Hochrechnung für 2015 eine „grosse Übereinstimmung“ mit dem Budget 2015. Diese Einschätzung teilen die Grünliberalen nicht. Der sichtbare Aufwandsüberschuss ist nur deshalb so gering, weil der Kanton 64 Millionen Franken Mehreinnahmen aus der nicht budgetierten Gewinnausschüttung der SNB verzeichnen konnte. Tatsächlich liegt das Defizit des Kantons bei fast 100 Millionen Franken. „Der Kanton wird das Jahr 2015 nicht mit Erfolg abschliessen, sondern nur mit Lottoglück glimpflich davonkommen“, bewertet glp-Fraktionspräsidentin Michèle Graber die Situation.

Nein zum Pflästerli-Sparen

Den von der Regierung präsentierten Voranschlag 2016 nehmen die Grünliberalen zur Kenntnis. Das Einhalten der Schuldenbremse soll durch viele kleine Einzelsparmassnahmen erreicht werden, von denen einige Beispiele bereits an die Medien gelangten. Die glp wird diese Massnahmen kritisch prüfen und bewerten. „Pflästerlipolitik in Form von Sparmassnahmen ohne nachhaltigen Nutzen lehnen wir klar ab“, sagt glp-Fraktionspräsidentin Graber.

Mehreinnahmen dürfen kein Tabu sein

Für die Planjahre 2016 bis 2019 steht der Kanton vor grossen finanziellen Herausforderungen. Jährlich werden Einsparungen in Höhe von 110 Millionen notwendig. Zusätzlich bestehen finanzielle Risiken, unter anderem durch die Volksinitiative zur gerechten Aufteilung der Pflegefinanzierung. „Bei einer Annahme der Initiative fehlen dem Kanton in 3 Jahren weitere 150 Millionen, welche im AFP noch nicht enthalten sind“ meint glp Kantonsrat Urs Brücker. „Klar ist für die glp allerdings, dass nicht nur blind auf die Ausgabenseite fokussiert werden kann.“ Der Kanton kann viele Kosten nicht oder nur in geringem Masse beeinflussen, so zum Beispiel die Kostensteigerung im Gesundheitswesen und in der Bildung. Neben grösseren Strukturanpassungen muss auch auf der Einnahmeseite justiert und das Ressourcenpotential des Kantons besser ausgeschöpft werden. Die Grünliberalen unterstützen deshalb den Gegenvorschlag der Regierung zur verfehlten Steuerinitiative der SP.

Abzüge reduzieren

Auf der Einnahmeseite besteht auch bei den Steuerabzügen Handlungsbedarf. Die Grünliberalen fordern, dem Beispiel anderer Kantone zu folgen und beispielsweise den Pendlerabzug zu reduzieren. Damit würden Mehreinnahmen generiert und gleichzeitig ökologische Fehlanreize beseitigt.

Auch im Rahmen der Überwälzung der Spitalfinanzierung auf die Kantone entstehen nicht beeinflussbare, strukturelle Mehrausgaben. Von der Kostenübernahme durch den Kanton profitieren die Krankenkassen und somit die Prämienzahler. Prämien können eventuell gesenkt oder müssen mindestens weniger stark erhöht werden. Die Grünliberalen schlagen deshalb vor, diesen Mehraufwand des Kantons einerseits durch Einsparungen andererseits durch eine kleine Erhöhung des Steuerfusses ab 2017 oder 2018 zu kompensieren. „Da der Kanton einen höheren Anteil an den Spitalkosten übernimmt, beeinflusst dies positiv die Prämien, was für die Steuerzahlenden insgesamt zu keiner Mehrbelastung führt“, sagt glp-Fraktionspräsidentin Graber.